



IN KÜRZE

15 neue Zellen für Gefängnis in Biberbrugg

Die Kapazitäten sind oft ausgeschöpft, und ausserkantonale Platzierungen sind umständlich sowie teuer: Deshalb will die Regierung den Sicherheitsstützpunkt in Biberbrugg um 15 Gefängniszellen ausbauen. Der Kantonsrat stimmte diesem Vorhaben, das den Kanton 10,6 Millionen Franken kosten soll, zu. Das Projekt wurde erweitert, nachdem ursprünglich ein Ausbau von 10 Zellen für 8,3 Millionen geplant war. (dabu)

Häusliche Gewalt: Bessere Spurensicherung

Die Schwyzer Regierung muss die Einführung von vertraulicher Spurensicherung bei Fällen von sexueller und häuslicher Gewalt prüfen. Gegen den Willen der Regierung überwies eine knappe Mehrheit (46 zu 43 Stimmen) des Kantonsrats einen Vorstoss der Mitte. (sda)

Mehr Lektionen für Integrative Förderung

Der Kanton soll künftig pro Schüler 0,08 Lektionen mehr im Pool der Integrativen Förderung zur Verfügung stellen. Das SP-Postulat wurde mit 59 zu 29 Stimmen als erheblich erklärt. Gemäss Berechnungen der Regierung wird dies Kosten von 5,1 Millionen Franken verursachen. (sda)

Standesinitiative für NFA-Anpassung abgelehnt

Hauchdünn (45 zu 44 Stimmen) wurde eine Standesinitiative zur Anpassung des Nationalen Finanzausgleichs (NFA) abgelehnt. Damit wollten Bürgerliche vermeintliche Nachteile des Kantons bei der Berechnung ausräumen. (sda)

Zitate des Tages

«Wenn es sie und den Hund stresst, dann gehen sie einfach nicht dorthin.» FDP-Kantonsrat Adrian Imhofs Replik auf das Votum von SVP-Kantonsrat Rupert Suter, dass der Besuch von Freilaufzonen auch bei Hunden selbst für Stress sorgen kann.

«Hundedirektor könnte man auch sagen.» Gesundheitsdirektor Damian Meier nimmt im Rahmen der Debatte um das Hundegesetz einen alternativen Vorschlag eines Ratskollegen zu seiner Amtsbezeichnung mit Humor.

«8,3 Milliarden Franken, ah nein 8,3 Millionen Franken, na gut, macht ja keinen grossen Unterschied.» SVP-Kantonsrat Marco Steiner mit einem Versprecher bei den Kosten für den Gefängnisausbau.

«Das müssen Sie mir in der Kaffeepause noch genauer erklären.» SP-Kantonsrat Jonathan Prelicz äussert Unverständnis über die Haltung der SVP beim Wohnungsmarkt.

Hundegesetz scheidet die Geister

Leinenpflicht bleibt fest verankert – zu reden gaben gestern im Kantonsrat aber vor allem die Freilaufzonen.

Damian Bürgi

Das neue Hundegesetz des Kantons Schwyz ist verabschiedet, und somit bleibt auch die allgemeine Leinenpflicht im ganzen Kanton fest verankert. Mit 83 zu 8 Stimmen nahm der Kantonsrat die neue Gesetzesvorlage quasi unumstritten an – nicht aber, ohne vorher über die einzelnen Änderungen im neuen Gesetz teils kontrovers zu diskutieren. Hier die Übersicht, was sich nun für «Hündeler» ändert und wie im Rat darüber debattiert wurde.

Freilaufzone als «Schöggeli»

Künftig sind Gemeinden berechtigt, Freilaufzonen für Hunde zu schaffen. Als «gut gemeint, aber schlecht umgesetzt» bezeichnete SVP-Kantonsrat Rupert Suter diesen neuen Passus. Dies vor allem, da solche Zonen auf «grüner» Fläche entstehen können und so Platz von produktiven Landwirtschaftsflächen einnehmen könnten. Mitte-Kantonsrat Norbert Knechtle entgegnete, dass solches Land jederzeit wieder zu Kulturland zurückgeführt werden könnte, anders als wenn es in Bauland umgezont würde.

Doris Pöpplein von der GLP, welche den Beibehalt der Leinenpflicht grundsätzlich ablehnt, hofft umso mehr, dass die Gemeinden die Möglichkeit zur Schaffung von Freilaufzonen rege nutzen werden.



Der zuständige Gesundheitsdirektor Damian Meier (stehend) erläuterte seine Anliegen im neuen Hundegesetz. Bild: Damian Bürgi

Mitte-Kantonsrätin und Präsidentin der zuständigen Kommission Irene Huwyler-Gwerder sieht diesen neuen Passus im Gesetz denn auch als «Schöggeli» für die «Hündeler» aufgrund der Leinenpflicht. Der zuständige Regierungsrat Damian Meier verwies denn auch darauf, dass es sich um eine Kann- und nicht um eine Muss-Bestimmung für die Gemeinden handelt. Der Antrag der SVP, diesen Passus aus dem Gesetz zu streichen, wurde auch mit Widerstand aus der eigenen Partei mit 65 zu 26 Stimmen abgelehnt.

Debatte um Erziehungskurse

Die neue Gesetzesvorlage konnte vielerorts punkten, da sie künftig die Einführung von obligatorischen Hundeerziehungskursen vorsieht. Einzig um die Zeitspanne, in welcher Personen, die erstmals einen Hund halten oder bei denen die Haltung eines Hundes bereits über zehn Jahre zurückliegt, diesen Kurs absolvieren sollen, war man sich im Rat uneinig. Die parteilose, aber in der SP/Grüne-Fraktion vertretene Rita Marty forderte, dass dieser Kurs innert 12 Mo-

naten absolviert werden soll. Die Kommission sowie die Regierung stützten sich hier jedoch auf die Meinung der Fachexperten, welche eine Zeitspanne von 18 Monaten als sinnvoll erachten. «Es handelt sich nicht um eine Welpenschule, das Lernen steht im Vordergrund», sagte Gesundheitsdirektor Meier. Trotz Unterstützung aus Teilen der SVP wurde Martys Antrag abgelehnt.

Wer verfügt über Hundesteuer?

Über die Höhe der Hundesteuer soll künftig nicht mehr der Bürger, sondern der Gemeinderat direkt bestimmen können. Die SVP sieht hier eine Umgehung der direkten Demokratie und forderte die Streichung dieser Änderung, da der Souverän zwingend über diese Steuer bestimmen können müsse. Irene Huwyler-Gwerder erklärte hierzu, die Kommission sei überzeugt, dass es bei dieser Beitragshöhe nicht notwendig sei, an die Urne zu gehen, und der Gemeinderat kompetent genug sei, darüber zu bestimmen. Alle Parteien folgten dieser Logik, und der Antrag der SVP wurde mit 84:34 abgelehnt.

Mit der Gesetzesänderung verzichtet der Kanton auf ein Verbot gewisser Hunderassen, das es in anderen Kantonen gibt. Zudem schafft Schwyz für gewisse Dienst- und Hilfshunde, etwa Polizei- oder Blindenführhunde, neue Ausnahmen von der Leinenpflicht.

SP-Vorschläge gegen Wohnungsnot ohne Chance

Die FDP argumentierte mit altbekannten Voten, SP und SVP teilten Gehässigkeiten aus.

Damian Bürgi

Ein Vorstoss der SP, welcher mehr staatliche Massnahmen für die Bekämpfung der steigenden Mieten und des Mangels an Wohnungen im Kanton Schwyz fordert, wurde mit 72 zu 20 Stimmen im Kantonsrat abgelehnt.

Dies vor allem, weil vorgeschlagene Massnahmen wie Vorkaufsrechte für Gemeinden oder Formularpflicht beim Mieterwechsel in separaten Vorstössen der SP bereits abgelehnt wurden. Wenig überraschend sprach sich die FDP gegen zusätzliche staatliche Massnahmen aus.

Villen am Zürichsee: Wohnen im Kanton Schwyz wird immer teurer. Symbolbild: Keystone



Millionen für Strassen sorgen für heftige Debatte

Nochmals 6 Millionen mehr kostet der Ausbau entlang der Seestrasse in Gersau, dafür gibts viel Verständnis.

Damian Bürgi

Auf 31 Millionen kommen nochmals 6 zusätzliche Millionen Franken obendrauf: Die Sanierung und der Ausbau von 700 Metern Strasse bei der Ober Nas-Rotschuo in Gersau werden den Kanton Schwyz 37 Millionen Franken kosten. Der Kantonsrat beschloss am Mittwoch die Erhöhung der Ausgabenbewilligung zwar eindeutig, doch über das Warum wurde heftig diskutiert.

Auslöser war die Ablehnung seitens der GLP, welche die 20 Prozent Mehrkosten innerhalb eines Jahres stark infrage stellte. Baudirektor André Rüeggesser machte klar, dass die Mehrkosten im übersättigten Markt, in der Teuerung sowie auch in der topografisch schwierigen Lage der Kantonsstrasse begründet liegen.



Die Strasse entlang des Sees in Gersau wird auf 700 Metern für 37 Millionen Franken ausgebaut. Bild: zvg

«Der Kanton Schwyz ist keine goldene Kuh im Strassenbaugeschäft.» Nachverhandlungen seien in der Baubranche offenbar verpönt, und man sende mit der Erhöhung ein falsches Signal an den Markt, hiess es seitens des Grünliberalen-Präsidenten Lorenz Ilg.

Verständnis für verfehlte Zahlen in Kostenvoranschlägen

Mitte-Kantonsrat Christian Schuler meinte derweil, dass Fehler nun mal passieren können, und glücklicherweise habe der Kanton genug finanzielle Reserven. Fredy Prachoinig von der SVP gab derweil zu bedenken, dass die Sanierung eines ähnlich langen Abschnitts auf Luzerner Seite entlang des Sees bei Vitznau 23 Millionen Franken kostet, weshalb nun für 1,2 Kilometer Strasse entlang des Vierwaldstättersees

60 Millionen ausgegeben werden. «Für so viel Geld hätte man auch einen Tunnel vom Rotschuo nach Vitznau bauen können. Das wurde einst auch in Betracht gezogen, aber verworfen, jetzt kostet es genau so viel», so Prachoinig.

Sein Parteikollege Ralf Schmid, selbst auch Bauunternehmer, meinte, es sei üblich, dass Kostenvoranschläge in der Baubranche nicht den tatsächlichen Kosten entsprechen würden. SVP-Regierungsrat Rüeggesser mahnte denn auch davor, Dreisatzrechnungen zu machen, wie teuer nun ein Meter Strasse bei den einzelnen Projekten sei.

Unbestritten war die Ausgabenbewilligung von 12,2 Millionen Franken für die Sanierung und den Ausbau von 400 Metern auf der Wägitalerstrasse in Vorderthal, welche mit 92:0 Stimmen angenommen wurde.